

Ökologisch und ökonomisch riskant

Durch die massiven staatlichen Stützungsmaßnahmen im Zuge der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Staatsverschuldung in vielen westlichen Ländern zum Teil drastisch gestiegen. Diese Situation soll durch Wirtschaftswachstum entschärft werden, so die Hoffnung vieler Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Im Folgenden werden kurz die Erwartungen an das Wirtschaftswachstum aus der Perspektive der öffentlichen Finanzen aufgezeigt und dann mit einem Blick auf die abnehmenden Wachstumsraten seit den 1960er Jahren dargelegt, dass fortwährendes Wachstum unrealistisch ist.

Von Irmi Seidl und Angelika Zahrnt

Praktisch alle Regierungen – so auch in der Schweiz – versuchen, mit Einzelmaßnahmen und Wachstumspaketen, den Trend rückläufigen Wachstums zu brechen. Zugleich zeigt sich, dass Wirtschaftswachstum mit Umwelt- sowie Ressourcenschutz nicht vereinbar ist. Welche Wachstumszwänge bestehen und welches sind Auswirkungen?

Sachzwänge

Verschiedene Sachzwänge und Mechanismen machen die öffentlichen Haushalte vom Wirtschaftswachstum abhängig:

a) Schulden der öffentlichen Hand können nur dann bedient werden, wenn Wirtschaftswachstum zusätzliche staatliche Einnahmen generiert, will man Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen vermeiden, was politisch brisant ist. Faktisch gelingt es aber selten, selbst in Wachstumszeiten die Staatsschulden zu reduzieren.

b) Ein Teil der öffentlichen Ausgaben geht in die Soziale Sicherheit. Im Jahr 2008 waren es in der Schweiz

36,2%. So wie die Sozialwerke heute gestaltet sind, steigen die Ausgaben kontinuierlich an, was wachsende private und öffentliche Beiträge nötig macht. Wachsende Beiträge können nur bei Wirtschaftswachstum einigermaßen konfliktfrei durchgesetzt werden.

Zum Gesundheitswesen: Von 1997 bis 2007 betrug das Wachstum der Schweizer Gesundheitsausgaben 2,3 % und lag damit über jenem des Bruttoinlandprodukts von 1,4%. 18% der Gesundheitskosten wurden 2008 durch Staatsbeiträge finanziert (10,7 Milliarden Franken).

Zur Alterssicherung: Im Bereich der 1. Säule ist ein reines Umlageverfahren denkbar (die Summe der geleisteten Beiträge wird ausgeschüttet), tatsächlich aber führen politisch zugesicherte AHV-Zahlungen sowie der demografische Wandel zu wachsendem Finanzbedarf. Die Staatsbeiträge betragen 2007 27% der AHV-Einnahmen (9,2 Mrd. Fr.).

c) Auch sonstige öffentliche Ausgaben (für Verkehr, Bildung usw.) lassen sich einfacher realisieren, wenn dank Wirtschaftswachstum die Steuereinnahmen steigen, als wenn die Steuern oder Neuverschuldung erhöht werden müssten.

Insgesamt zeigt sich: Die öffentliche Hand hat wegen Verschuldung, wachsenden Ausgaben und steigenden Ansprüchen grosses Interesse an Wirtschaftswachstum.

Rückläufiges Wachstum

Das Wirtschaftswachstum der hoch industrialisierten Länder ist seit den 1960er Jahren jedoch rückläufig. Dies

ist gemäss den Überlegungen von J.M. Keynes in den 1940er Jahren nicht überraschend. Nach Keynes wird langfristig das Wachstum aufgrund von gesättigtem Investitionsbedarf und befriedigten privaten Bedürfnissen zurückgehen. Tatsächlich zeigt sich, dass auch kurzlebige Güter, geplanter Verschleiss, schnell wechselnde Moden, immer neue Bedürfnisse und Produkte sowie regelmässig aufgelegte Wachstumspakete den Rückgang des Wachstums nicht aufhalten können. Faktisch befinden wir uns auf dem Weg in eine Postwachstumsgesellschaft.

Politik der Wachstumsförderung

Doch Politik, Wirtschaft und Gesellschaft halten an der Vorstellung des unbegrenzten Wirtschaftswachstums

Literaturangaben

- [1] Binswanger M., Beltrani G., Jochem A., Schelske O. (2005): Wachstum und Umweltbelastung: Findet eine Entkopplung statt? Umwelt-Materialien Nr. 198. Bern, Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft.
- [2] Hänggi M. (2009): Energieeffizienz mit Haken. Der sogenannte Rebound-Effekt macht Effizienzmassnahmen durch Mehrverbrauch zunichte. In: umwelt aktuell, Nr. 2, 8f.
- [3] Leipert, C. (1989). Die heimlichen Kosten des Fortschritts. Frankfurt a.M. Fischer.
- [4] Müller L. (2010): Steuerparadiese vor dem Absturz. In: Bilanz, 21/2010, S. 64–71.

Irmi Seidl

Priv.-doz. Dr., Leiterin der Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Eidg. Forschungsanstalt WSL Birmensdorf.

Angelika Zahrnt

Prof. Dr., Ehrenvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesregierung.

fest. Die Wachstumsschwäche der 1990er Jahre bewog den Schweizer Bundesrat – ermutigt durch die OECD –, für 2004 bis 2007 ein Wachstumspaket aufzulegen und die Wachstumspolitik weiterzuführen. Ziele des Wachstumspaketes 2004 waren beispielsweise: Stärkung des Wettbewerbs im Binnenmarkt (z.B. im öffentlichen Beschaffungswesen, durch Liberalisierung des Stromnetzes), internationale Öffnung (v.a. durch Personenfreizügigkeit), Reform des Steuerwesens (z.B. vereinfachte MwSt und Unternehmensbesteuerung), verstärkte Partizipation auf dem Arbeitsmarkt (z.B. berufsunfähiger Arbeitnehmer und älterer Beschäftigter) oder vereinfachte Rahmenbedingungen für Unternehmen (z.B. über Wirtschaftsrecht und administrative Belastung). Tatsächlich zog ab 2004, begünstigt durch das internationale Umfeld sowie die Personenfreizügigkeit, das Schweizer Wirtschaftswachstum spürbar an. Doch solche Massnahmen greifen nur einmal, das Potenzial geeigneter Massnahmen ist begrenzt und die Nebenwirkungen bergen teilweise politischen Zündstoff.

Wachstums- und Reboundeffekte

Wirtschaftliche Tätigkeit bedeutet immer, natürliche Ressourcen zu nutzen oder zu verbrauchen und Abfälle an die Umwelt abzugeben. Um diese Inanspruchnahme zu senken, hoffte man in den letzten zwei Jahrzehnten auf Effizienzstrategien. Damit sollten Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum entkoppelt werden, d.h. der Ressourcenverbrauch sollte weniger wachsen als das Wirtschaftswachstum (relative Entkopplung) oder gar abnehmen (absolute Entkopplung). Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt. Ressourcen-, Energie- und Landverbrauch wachsen unaufhörlich, die Zerstörung der Biodiversität schreitet voran, das Abfallaufkommen sowie die Verschmutzung von Luft, Boden und Wasser sind nur sehr punktuell unter Kontrolle. Einzig bei technisch einfach lösbaren Umweltproblemen sind absolute Entkopplungen erkennbar (z.B. NO_x -Emissionen) [1]. Und die Schweiz ist weit von den bis 2050 zu realisierenden CO_2 -Zielen entfernt, mit denen der Klimawandel gebremst werden soll. Der Grund für die ausbleibende Wirkung von Effizienzmassnahmen ist vor allem, dass Wachstums- und sogenannte Reboundeffekte Einsparungen überkompensieren. Wachstumseffekte bedeuten, dass Einsparungen vom Wachstum aufgefressen werden. Ein direkter Reboundeffekt liegt vor, wenn die gesteigerte Energie- und Ressourceneffizienz eines Produktes bewirkt, dass dasselbe Produkt stärker nachge-

fragt wird, so dass die möglichen Einsparpotenziale nicht (ganz) realisiert werden. Dies ist z.B. der Fall, wenn Energiesparlampen länger angeschaltet bleiben, mit sparsameren Autos mehr gefahren wird [2]. Hinzu kommt: Wirtschaftswachstum verursacht längst hohe volkswirtschaftliche Kosten. Bereits Ende der 1980er Jahre fielen in Deutschland rund 20% des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes als Defensivkosten an (Kompensation von Schäden und Verschlechterungen der Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen) [3].

Gemeindeebene

Auch auf Gemeindeebene besteht vielfach Interesse an Wirtschaftswachstum. Wirtschaftswachstum, so die Erwartung, zieht neue Einwohnerinnen und Einwohner an, erhöht die Steuereinnahmen, schafft Arbeitsplätze, senkt die Kosten der Sozialfürsorge und unterstützt bestehende Unternehmen (oft vor allem das Baugewerbe). Gemeinden fördern Wirtschaftswachstum vor allem durch die Steuer- und Flächenausweisungspolitik. Bauland und Gewerbegebiete werden meist unter Verzicht auf eine Planungsmehrwertabgabe eingezont und Gewerbegebiete oft mit Vergünstigungen angeboten. Parallel wird die Infrastruktur (Strassen, Schulen, Freizeiteinrichtungen usw.) ausgebaut. Folgen davon sind u.a. die stark zunehmende Flächeninanspruchnahme und Zerschneidung natürlicher Flächen, die Agglomerationsausdehnung und Zersiedlung, ständig wachsende Verkehrsströme, weiterer Infrastrukturbedarf, Lärm und Luftbelastungen. Für manche Gemeinde – selbst für die schnell gewachsenen Steuerparadiese [4] – geht auch die finanzielle Rechnung immer weniger auf.

Fazit

Damit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft den Zwang des Wirtschaftswachstums überwinden können, müssen – so unsere These – die wachstumsabhängigen Bereiche und Institutionen wie öffentliche Finanzen, Sozialversicherungen, Arbeitsmarkt, Unternehmen und Konsumbereich umstrukturiert werden. Dazu können viele bereits bestehende Ansätze und Instrumente aufgegriffen werden, wie die im Folgenden genannten: Gemeinden können die bestehende Infrastruktur vielfältiger und gemeinsam nutzen, eine höhere Wertschöpfung in den Gemeinden anstreben, ein auf Neubau und Wachstum ausgerichtetes Baugewerbe bei der Neuorientierung auf Renovierungen oder gar bei der Schrumpfung unterstützen, den Wachstumsdruck durch Steuerpolitik und Raumplanung dämpfen. Im Gesundheitsbereich können z.B. die Eigenverantwortung gestärkt und Managed-Care-Systeme eingeführt werden, was die Ausgabenseite ohne Qualitätseinbussen entlastet. In der Alterssicherung sind Modelle des «produktiven Alterns» u.a. durch eine Flexibilisierung des Renteneintrittes möglich. Im Bereich der Erwerbsarbeit kann die Arbeitszeit reduziert (täglich, monats-, jahres- oder lebensbezogen) und damit die vorhandene Erwerbsarbeit gleichmässiger verteilt werden. So kann die Arbeitslosenkasse entlastet und der Druck, mit Wachstum neue Arbeitsplätze zu schaffen, verringert werden. Übergeordnet sind unter anderem eine ökologische Finanzreform und eine Rückbindung des Banken- und Finanzsektors auf die Realwirtschaft nötig. Viele Vorschläge für die Überwindung des Wachstumszwangs sind vorhanden und oft schon praxiserprobt. Und vieles werden wir neu entwickeln und aushandeln müssen. ●

Postwachstumsgesellschaft



Trotz aller Wachstumskritik und -krisen hat sich an der Wachstumsorientierung in Politik und Gesellschaft nichts geändert. Umwelt- und Naturschutz stehen dadurch nach wie vor unter Wachstumsvorbehalt. Warum diese Fixierung? Und welche alternativen Entwicklungsmöglichkeiten gibt es für eine Gesellschaft, die nicht auf Wachstum angewiesen ist, in der es sich auch ohne Wachstum gut leben lässt? Diesen und weiteren Fragen

widmet sich das Buch «Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft». Zentrale Gesellschaftsbereiche sind von Wirtschaftswachstum abhängig, beispielsweise die Alterssicherung, das Gesundheitswesen, der Arbeitsmarkt, das Bildungssystem, der Konsum, die Verteilungsgerechtigkeit, die Unternehmen, die Banken und Finanzmärkte sowie die Staatsfinanzen. Bei geringem oder gar negativem Wirtschaftswachstum ist das Funktionieren dieser Bereiche und Institutionen bedroht. Im Buch werden alternative Entwicklungsmöglichkeiten für eine Gesellschaft vorgestellt, die nicht auf Wachstum angewiesen ist.

Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Hrsg. I. Seidl und A. Zahrt. 2010. Metropolis-Verlag, Marburg.